

urgewald e.V. Von-Galen-Str. 4 48336 Sassenberg

Dr. Frank Mastiaux (Vorstandsvorsitzender)
EnBW AG
Durlacher Allee 93
76131 Karlsruhe

Heffa Schücking
Von-Galen-Str. 4
48336 Sassenberg

Antworten bitte an:

Sebastian Rötters
urgewald Büro Berlin
Marienstr. 19/20
10117 Berlin
Tel: 030 - 28482271
sebastian@urgewald.org

19. Oktober 2016

Sehr geehrter Herr Dr. Mastiaux,

die niederländische Organisation PAX und urgewald haben die EnBW in den vergangenen Jahren wiederholt auf die Gewalt in der kolumbianischen Kohleregion Cesar hingewiesen. Ehemalige Paramilitärs haben die EnBW-Lieferanten Drummond und Prodeco (eine Unternehmenstochter von Glencore) unter Eid schwer belastet. Ihnen wird vorgeworfen, mit der paramilitärischen Einheit *Juan Andrés Álvarez* kooperiert und diese finanziert zu haben. Diese Einheit wird für mehr als 3.100 Morde, über 55.000 Vertriebene und mehr als 240 Verschwundene zwischen 1996 und 2006 verantwortlich gemacht (vgl. PAX-Studie *The Dark Side of Coal. Paramilitary Violence in the Coal Mining Region of Cesar, Colombia*, 2014). **In dem Anfang September 2016 erschienenen Bericht *La Maldita Tierra*** der staatlichen *Comisión Nacional de Memoria Histórica* (in etwa: Nationale Kommission für Bewahrung der Geschichte) **stützen drei weitere Zeugen die Vorwürfe gegen Drummond und Prodeco.** Beide Unternehmen bestreiten bis heute, jemals Kontakt zu paramilitärischen Gruppen gehabt zu haben.

Bei einer gemeinsamen Fact-Finding-Mission von EnBW, PAX, urgewald, MISEREOR und PowerShift hatten EnBW-Mitarbeiter und Aufsichtsratsmitglieder im März 2015 die Möglichkeit, direkte Gespräche u.a. mit Vertretern staatlicher Institutionen, Opfern von Menschenrechtsverletzungen sowie betroffenen Gemeinden zu führen. **Im Mai 2016 warnte Maira Mendez**, die Tochter des 2001 von Paramilitärs ermordeten Gewerkschafters Candido Mendez, **vor neuer Gewalt** gegen all jene, die sich für die Rechte von Vertriebenen und für Landrückgaben sowie für Recht und Gerechtigkeit im Zusammenhang mit den begangenen Verbrechen einsetzen.

Leider wurden die schlimmsten Befürchtungen von Frau Mendez am 11. September 2016 traurige Realität. Der Gemeindesprecher **Néstor Martínez**, ein erklärter Gegner der Minenexpansionspläne des US-Konzerns Drummond, **wurde vor seinem Haus mit Schüssen in den Kopf kaltblütig ermordet.** Er hatte sich auch für die Rückgabe von Land an die Opfer von Vertreibung durch Paramilitärs eingesetzt.

Dieses Verbrechen ist die Spitze des Eisbergs einer ganzen Reihe von neuen Drohungen und Übergriffen gegen Gemeindevertreter, Menschenrechtler, Gewerkschafter und Vertriebene. PAX hat diese anhaltende Welle der Gewalt in der **beiliegenden Studie „Civil society under threat“** dokumentiert. Darin sind Übergriffe aufgelistet, von denen zwischen 2012 und September 2016 **mehr als 200 Menschen** in der Kohleregion Cesar betroffen waren.

Es wird deutlich, dass paramilitärische Strukturen auch nach der offiziellen Demobilisierung im Jahr 2006 eine brutale Kontrolle über die Kohleregion ausüben. Auch besteht **kein Zweifel, dass Drummond und Prodeco von dieser gewaltsamen Unterdrückung der Zivilgesellschaft weiterhin profitieren**. In mehreren Fällen haben die neo-paramilitärischen Gruppen für sich beansprucht, die Interessen der Bergbaukonzerne zu verteidigen, beispielsweise in Pamphleten und Drohbriefen. Dennoch haben Drummond und Prodeco in keinem einzigen Fall eine umfassende Prüfung vorgenommen und ebenso wenig eine angemessene Reaktion gezeigt.

Die EnBW hat im Jahr 2015 nach eigenen Angaben 898.000 t Kohle von Drummond und 528.000 t Kohle von Prodeco bezogen. Gemäß den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte ist das Unternehmen für seine Lieferkette verantwortlich. Ihre Lieferanten Drummond und Prodeco haben zu keinem Zeitpunkt ihren Handlungsrahmen ausgeschöpft, um neue Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Auch in Bezug auf Abhilfe (remedy) für die Opfer vergangener Menschenrechtsverletzungen ist seit Jahren kein Fortschritt erkennbar. Stattdessen geht Drummond nach wie vor mit juristischen Mitteln gegen Kritiker vor. Die von der EnBW seit mehreren Jahren verfolgte Strategie, im **Dialog** mit diesen Lieferanten Verbesserungen zu erwirken, **zeigt keine konkreten Ergebnisse**.

Daher verlangen wir von der EnBW, im Einklang mit den UN-Leitprinzipien **den eigenen Einfluss bestmöglich geltend zu machen und umgehend alle direkten und indirekten Kohleimporte von Drummond und Prodeco zu stoppen**, bis **erstens die Vorwürfe** in Bezug auf neue paramilitärische Drohungen und Angriffe sowie auf Verstrickungen zwischen illegalen bewaffneten Gruppen und den Bergbaukonzernen **untersucht und ausgeräumt sind sowie zweitens klare und erkennbare Schritte hin zu Abhilfe** für die Opfer eingeleitet wurden. Der dänische Energieversorger DONG Energy hat diesen Schritt bereits vollzogen.

Vor dem Hintergrund der drohenden Gewalteskalation ist es dringend notwendig, **unabhängig von einem eventuellen Übergangsjustiz-Prozess zusätzlich eigene Maßnahmen zu ergreifen**. Dieser wird selbst im besten Fall viele Jahre in Anspruch nehmen und an der aktuellen Gefährdungslage für zivilgesellschaftliche Akteure wenig ändern.

Wir werden auch die Mitglieder des Aufsichtsrates über die Entwicklungen informieren und bitten Sie, uns über die weiteren Maßnahmen der EnBW auf dem Laufenden zu halten.

Mit freundlichen Grüßen,

Heffa Schücking